Nr. 4 – September/Oktober 2009 | 2 Euro

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

DFG-VK-Bundeskongress 2.-4. Oktober in Hannover

Horst Schlämmer

Afghanistan-Krieg

Rote Karte für Franz Josef Jung, den Bomber der Nation.

www.waehle-schlaemmer.de HSP

Die pazifistische Grundsatzerklärung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

TITEL

4 Wolfgang Menzel: Die Qual der Wahl für PazifistInnen und AntimilitaristInnen

7 Ullrich Hahn: Gewaltfreiheit und Parlamentswahlen passen nicht zusammen. Thesen zum verantwortlichen Wahlverzicht aus radikalpazifistischer Sicht

FRIEDENSARBEIT

8 Roland Vogt: FREIeHEIDe bewirkt halbes Wunder. Erfolg nach 17 Jahren gewaltfreien Widerstands gegen das „Bombodrom“

10 Marion Küpker: Sommercamp-Aktionen in Büchel. Auf dem Nato-Luftwaffen-Stützpunkt lauern nicht nur Atomwaffen

FRIEDENSPÄDAGOGIK

14 Stephan Möhrle: Computer, Spiel, Krieg. Beobachtungen bei der „GamesCom“ in Köln

ANTIMILITARISMUS

16 Jürgen Grässlin: Rüstungsgeschäfe laufen trotz Wirtschaftskrise prächtig. Deutsche Rüstungsfirmen machen Rekordgewinne

17 Kriminalisierung von Nato-GegnerInnen in Mecklenburg-Vorpommern

RUBRIKEN

18 DFG-VK-INTERN

9 Kolumne von Tobias Pflüger

19 Briefe

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27 29 82 31, Telefax 27 29 82 32, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 0177-887 10 14, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-81 80 32, Telefax 0231-81 80 31, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155 112, Telefax 0711-2155 214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89 62 34 46, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-596 49 61, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431 440, Telefax 069-4990 007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-887 1014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818 032, Telefax 0231-818 031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 03 4299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45 425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 03212-1028255, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-60 03 45, Telefax 0711-640 33 94

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34, Telefax 0711-320 28 33

ISSN
1614-1954

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18 05 82 85, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
Flyer zu Sommer-Aktionen gegen Atomwaffen (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (in einer Teilauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 14. September. Die nächste Ausgabe erscheint im November, Redaktionsschluss ist der 15. Oktober.

Die ZivilCourage wird auf 100-%-Altpapier gedruckt.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

BUNDESKONGRESS DFG-VK

02.-04.10.09

Jugendgästehaus Hannover, Wilkenburgstraße 40

Tagesordnungsvorschlag

Freitag, 2. Oktober

19 Uhr Eröffnung und Formalia: Begrüßung, Wahl der Tagungsleitung, Beschluss über die Geschäftsordnung, Wahl der Mandatsprüfungskomission, Wahl der Antragskommission, Grußworte, Beschluss über die Tagesordnung, Wahl einer Wahlkommission, Bericht der Mandatsprüfungskomission

20 Uhr Podiumsdiskussion mit VertreterInnen (potenzieller) PartnerInnen: Andreas Vogel (Interventionistische Linke), Jürgen Rose (Darmstädter Signal), Andreas Speck (WRI), N.N. (attac), N.N. (Friedensbündnis Rosa Heide); Moderation: Stefan Phillip (DFG-VK)

Samstag, 3.Oktober

9 Uhr Weitere Grußworte Strategiediskussion – Nach den Bundestagswahlen immer noch im Krieg! Eine Strategiedebatte – auch mit DFG-VK-Mitgliedern anderer Friedensgruppen –, die neben dem Rückblick den Ausblick und neben der Gewalt- und Bündnisfrage vor allen eine Strategie für die zukünftige Arbeit hervorbringen soll

12 Uhr Mittagspause

14 Uhr Parallele Arbeitsgruppen zu Afghanistan, Atomwaffen, Rüstungshandel, KDV, Jugend, Militärbasen

16 Uhr Rechenschaftsberichte: BSK, Politischer Geschäftsführer, Bundeskassierer, Kassenrevisoren; Diskussion; Entlastungen des BSK

18 Uhr Rechenschaftsberichte des Verantwortlichen Redakteurs der ZivilCourage sowie weiterer VertreterInnen der DFG-VK; Diskussion; Vorstellung der KandiatInnen für BSK, politischer Geschäftsführer, verantwortliche/r RedakteurIn der ZivilCourage in Verbindung mit Wahlen und Anträgen

20 Uhr Abendessen

21 Uhr Gesprächsrunde mit André Shepherd (Deserteur der US-Armee) „Asyl für Deserteure!“ und kleines kulturelles Programm

Sonntag, 4. Oktober

Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen vom Samstag in schriftlicher Form

9 Uhr Wahlen und Anträge; Vorstellung der KandiatInnen für Kassenrevisionskommission und verschiedener VertreterInnen der DFG-VK

13:30 Uhr Diskussion zu einer Abschlussresolution

13:45 Uhr Abschlussworte des BSK

14 Uhr Ende des Bundeskongresses

Foto: Peter Tobiassen

Nach der Unterzeichnung des schwarz-roten Koalitionsvertrages 2005 reagierte SPD-Müntefering auf Kritik daran mit der Klage, es sei „unfair“, daran gemessen zu werden, was in Wahlkämpfen gesagt wurde. Ein Ergebnis dieser Haltung – und Münte dürfte wohl nur offen ausgesprochen haben, was andere denken – ist der Erfolg von Horst Schlämmer. 18 Prozent der WählerInnen würden dieser von Hape Kerkeling erfundenen Kunstfigur ihre Stimme geben, wenn er sein „Isch kandidiere“ wahr gemacht hätte. Bleiben wir also fair, glauben den Parteien ihre Versprechungen nicht und freuen uns an der Schlämmer-Satire (die in diesem Heft antimilitaristisch zugespitzt wird). Denn die Realität ist bitter genug: Egal, wie die Wahl ausgeht – ein Ergebnis steht schon fest: Es gibt eine große Kriegs-Koalition. Lediglich die Linke ist klar gegen den Krieg und die Beteiligung der Bundeswehr daran in Afghanistan. Kriegsbefürwortung ist anscheinend das entscheidende Kriterium für Regierungsfähigkeit ... was für die Entwicklung der Linken nichts Gutes erwarten lässt. Der großen Kriegs-Koalition steht die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, die gegen den Afghanistan-Krieg ist. Massaker wie das vom Bomber der Nation, Kriegsminister Franz Josef Jung, zu verantwortende dieser Tage bei Kunduz wird diesen Gegensatz weiter verschärfen. Und führt immerhin dazu, dass nun die Kriegsparteien vorsichtig über Exit-Strategien reden. Aber – siehe oben: Versprechungen haben mit Wahrheit wenig zu tun. Bleiben wir also fair, glauben ihnen nicht und arbeiten daran, dass aus dem Unbehagen der Bevölkerung am Krieg eine klare und politische Position wird. Diese könnte Politik verändern, nicht das Kreuzchen am 27. September ... meint

Stefan Philipp

Die Qual der Wahl

für PazifistInnen und AntimilitaristInnen

Von Wolfgang Menzel

Keine Satire. Obwohl es sich bei dem Thema und der Fragestellung anbieten würde. Aber man weiß ja nie, wie so was ankommt im Verband. Den einen ist sie nicht geschmacklos genug, die anderen verstehen die Ironie nicht.

Auch kein Bekenntnis. Vor der Wahl seine Favoriten zu nennen ist riskant, man weiß ja nicht wie sie ausgeht. Hinterher kann man sich immer auf die Seite der Sieger (oder Verlierer) schlagen – nachprüfen kann es niemand. Gut, dass die Wahlen zum Deutschen Bundestag frei und geheim sind, denn da kann man sich als DFG-VK Bundessprecher schön bedeckt halten. Schließlich geht niemanden etwas an, welchen Kandidaten/welche Kandidatin und welche Partei ich wähle und ob überhaupt.

Aber als DFG-VK-Bundessprecher würde mich schon interessieren, wie sich die Mitglieder meines Vereins bei Wahlen verhalten. Also nicht jeder Einzelne namentlich, sondern insgesamt, als Tendenz. Und ich vermute, anderen geht es genauso. Doch unserem Verband fehlt das Geld und er hat wichtigeres zu tun als durch ein Meinungsforschungsinstitut einem repräsentativen Querschnitt der Mitgliedschaft die Sonntagsfrage zu stellen. So bin ich ausschließlich auf meine guten Kontakte zum Bundeswahlleiter angewiesen. Die Ergebnisse einer vertraulichen, internetbasierten Studie, die ursprünglich dazu dienen sollte, die Machtposition des DFG-VK-Bundesverbandes gegenüber den Landesverbänden und Gruppen unverrückbar zu festigen, werden hier, kurz vor dem DFG-VK Bundeskongress, zur Verbesserung des innerverbandlichen Kommunkationsklimas in Auszügen veröffentlicht.

Der Bundeswahlleiter teilt mit: Von den 62,2 Millionen Wahlberechtigten sind ungefähr 0,006 Prozent Mitglieder der DFG-VK. Wahlentscheidend werden also die organisierten Pazifisten und Pazifistinnen (von den AntimilitaristInnen ganz zu schweigen) kaum sein. Auch bei einer angenommenen Gesamt-Wahlbeteiligung von nur 50 % und der der DFG-VK-Mitgliedschaft von nahezu 100 % käme diese Wählergruppe auf einen Anteil von gerade mal 0,1 Promille. Hier von messbarem politischem Einfluss zu sprechen wäre vermessen. Die Simmenanteile der Wählergruppe DFG-VK verteilen sich allerdings nicht gleichmäßig auf die 29 zur Bundestagswahl zugelassenen Parteien sowie die Ungültigen Stimmen. Welches könnten die Gründe für charakteristische Häufungen von DFG-VK-Stimmen bei bestimmten Parteien sein?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – „Wir GRÜNEN wollen Frieden für alle Menschen. Wir wollen auf der ganzen Welt keine Waffen mehr. Wir wollen keine Atomwaffen mehr. Wir wollen eine gute Politik für die Rechte der Menschen. Wir wollen in Deutschland keine Wehr-Pflicht mehr. Wer die GRÜNEN wählt, ist für Frieden“ (aus dem Wahl-Programm für die Bundes-Tags-Wahl 2009 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Leichter Sprache; als pdf-Dokument abrufbar unter www.gruene.de Stichwort „Unser Wahlprogramm“).

CDU/CSU – Es sind wohl nicht die friedens- oder außenpolitischen Ziele, die einen Pazifisten oder eine Antimilitaristin veranlassen könnten, eine dieser Parteien zu wählen. Im Regierungsprogramm heißt es: „Wir bekennen uns zur NATO und werden uns für ein neues strategisches Konzept einsetzen, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet.“ – „Das Leitbild ‚Bürger in Uniform‘ ist und bleibt Markenzeichen der Bundeswehr als Armee in der Demokratie. Die Wehrpflicht ist auch angesichts der neuen Bedrohungen der Sicherheit unseres Landes zukünftig notwendig.“ (www.cdu.de Stichwort Online-Zusammenfassung des Regierungsprogramms: Unsere zehn Ziele für 2009-2013). Welches im Einzelnen die Motive der Stimmabgabe von Wahlberechtigten aus der Wählergruppe DFG-VK zugunsten dieser beiden Parteien waren, konnte der Bundeswahlleiter statistisch nicht eruieren: Die zur Verfügung stehende Stichprobe war zu klein.

DKP – Die ehemals gut in der DFG-VK verankerte Partei (oder war es umgekehrt?) sieht ihre Möglichkeiten und die politische Lage realistisch und „sucht das Bündnis mit jenen im Land, die heute schon für die Ablehnung von Hartz IV, der Rente mit 67 und der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen stehen. Für diese Forderungen gibt es eine – politisch noch nicht aktive – Mehrheit im Land. Diese Mehrheit politisch wirksam werden zu lassen, ist das Ziel der Aktivitäten unserer Partei auch im Bundestagswahlkampf.“ Die Forderungen lauten angelehnt an Parolen der Friedensbewegung entsprechend „Schluss mit Militäreinsätzen“, „Raus aus der NATO“, „Friedenspolitik – auch international – durchsetzen“ und „Sofortiger Abzug der US-Atomwaffen auf deutschem Boden“ (www.dkp.de Stichwort Eckpunkte zu den Bundestagswahlen 2009)

DIE LINKE – Bei den zahlreichen Übereinstimmungen mit Positionen der Friedensbewegung stellt sich die Frage, wer hat hier von wem abgeschrieben? „Die LINKE fordert, radikal abzurüsten. Die Bundesregierung muss zu ihrem Wort stehen und sich aktiv für die Nichtverbreitung von Angriffswaffen und für Abrüstung einsetzen.“ – „Die LINKE lehnt alle Auslandskriegseinsätze, auch mit UN-Mandat, ab und fordert den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.“ – „Die LINKE fordert zivile Konfliktvorbeugung und -lösung als Alternative zu Kriegseinsätzen, deshalb soll mehr Geld in die Entwicklungszusammenarbeit und die zivile Krisenprävention investiert werden. Militäreinsätze sind keine Lösung. Sie sind oftmals Teil des Problems.“ – „Die LINKE fordert die Abschaffung der Wehrpflicht [...] Dies hätte [...] weder Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit noch auf die demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Die derzeitigen Finanzmittel für die Wehrpflicht von wenigstens 1,3 Mrd Euro stünden für andere gesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung.“ (www.die-linke.de Stichwort Wahlen, Themen A-Z).

Diejenigen Kriegsgegner und -innen, die sich weniger um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr sorgen und vielmehr deren Dysfunktionalität anstreben, werden, statt wählen zu gehen, wohl weiterhin Unterschriften unter den Appell „Bundeswehr abschaffen“ sammeln müssen.

FDP – Auf den ersten Blick überraschend große Schnittmengen mit Positionen der DFG-VK. Auch wenn diese Partei insgesamt das falsche Konzept hat, hätte sie als Juniorpartner einer „schwarz-gelben" Regierungskoalition einen überproportional großen Einfluss. Deshalb wundert es nicht, wenn pazifistisch orientierte Menschen, die sich zwar nicht der „bürgerlichen Mitte", sondern eher dem Mittelstand zugehörig fühlen und gleichwohl Mitglied der DFG-VK sind, dieser Partei ihre Stimme geben, deren Bundestagsfraktion „den Abzug der in Deutschland noch lagernden taktischen US-Nuklearwaffen" fordert oder feststellt: „Freiheit und Sicherheit für Israel und die Schaffung eines eigenständig lebensfähigen palästinensischen Staates gehören untrennbar zusammen." Die Forderung nach einer Aussetzung der Wehrplicht (Bundesparteitagsbeschlüsse von 2000 und 2004) ist allerdings nicht antimilitaristisch motiviert, im Gegenteil: „Eine wesentliche Strukturentscheidung [für eine neue Struktur der Bundeswehr] steht [...] noch aus: Die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht. Nur mit dieser Entscheidung wird es der Bundeswehr gelingen, die neuen Aufgaben in angemessener Form zu erfüllen." (www.fdp-bundespartei.de Stichwort Themen A-Z)

PIRATEN – Da das Wahlprogramm dieser Partei keine Aussagen zur Außen- und Friedenspolitik enthält, wird diese Partei bevorzugt von DFG-VK-Mitgliedern gewählt, die die Durchsetzung von friedenspolitischen Forderungen und die Beseitigung aller Kriegsursachen für eine nur außerparlamentarisch zu betreibende Aufgabe hält.

SPD – Der Bundeswahlleiter räumt ein, dass die Positionierung dieser Partei an die letzte Stelle im alphabetisch geordneten Verzeichnis der zur Bundestagswahl zugelassenen Parteien nicht rein zufällig ist. Schuld ist wieder einmal die Zentrumspartei, die weiter vorne unter „Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870" steht. So bleibt der SPD nur der letzte Platz. Doch ist damit keine Wertung verbunden, insbesondere nicht im Hinblick auf die Wahlchancen dieser Partei (hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein und Sozialdemokratischer Arbeiterpartei führt sie den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" erst seit 1890). Da es durchaus Doppelmitgliedschaften in SPD und DFG-VK (1892 gegründet, 1974 zum jetzigen Bindestrich-Buchstabenungetüm funsioniert) gibt und außer in einzelnen, hinterwäldnerischen Ortgruppen keine generellen Unvereinbarkeitsbeschlüsse existieren, ist damit zu rechnen, dass auch diese Partei mit einigen Stimmen aus dem DFG-VK-Lager rechnen kann. Ob es sich allerdings rechnet und für wen, bleibt abzuwarten. Da den DFG-VK-Mitgliedern die Frage der Wehrpflicht so am Herzen liegt, hat der Bundeswahlleiter eine Gruppe externer Hermeneutiker (die Vergabe an den externen Dienstleister ist wegen der besonderen Schwere der Aufgabe vom Bundesrechnungshof genehmigt) mit der Erarbeitung einer schlüssigen Interpretation des folgenden Satzes aus dem Regierungsprogramm 2009 beauftragt: „Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen." (Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD. Kurzfassung. www.spd.de Stichwort SPD-Regierungsprogramm 2009-2013). Sobald der Bundeswahlleiter Klarheit über die Haltung der SPD zur Wehrpflicht gewonnen hat, wird er sich über den Bundessprecherkreis an die Mitglieder der DFG-VK wenden. Bis dahin bittet er diese darum, Nachfragen in dieser Sache nicht an ihn und auch nicht an die Geschäftsstelle der DFG-VK, sondern ausschließlich an den jeweiligen Ortsvereinsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu richten.

Wolfgang Menzel ist DFG-VK-Bundessprecher. ZC

Gewaltfreiheit und Parlamentswahlen passen nicht zusammen

Thesen zum verantwortlichen Wahlverzicht aus radikalpazifistischer Sicht/Von Ullrich Hahn

Die Teilnahme an der Wahl bedeutet – unabhängig von den dabei angekreuzten Parteien und Personen – zunächst die Legitimation staatlicher Macht und Herrschaft sowie der Grundstruktur des Nationalstaates. Auch wer nur innerhalb des vorgegebenen Rahmens das „kleinere Übel" wählen möchte, legitimiert zusätzlich dieses „kleinere Übel". Auch Hitler kam zur Macht, weil viele gute Bürger in ihm das kleinere Übel gegenüber den Kommunisten sahen. Auch wenn die praktische Politik die Kunst des jeweils Möglichen sein soll, ist das Legitimationsmuster des „kleineren Übels" nicht in der Lage, vertretbare Grenzen dafür anzugeben, wann das gewählte Übel noch „klein" ist. Gegenüber jedem Übel lässt sich noch ein größeres denken und (insbesondere in der Wahlpropaganda) ausmalen, so dass sich das angebotene Übel immer als das Kleinere darstellen lässt.

Durch die Teilnahme an einer Parlamentswahl nehme ich keine politische Verantwortung wahr, sondern gebe diese Verantwortung gerade ab. Gewählt werden Vertreter, die diese Verantwortung für mich wahrnehmen sollen, weil die räumliche Ausdehnung des vorhandenen Staates eine Selbstverwaltung der Bürger nicht mehr zulasse. Die Größe der jeweiligen politischen Einheit unterliegt (abgesehen von den vorgegebenen Städten und Gemeinden) keinem Sachzwang. Wie ein Blick auf die Landkarte und in die Geschichte lehrt, sind die aktuellen Grenzen und Ausdehnungen der Staaten das Ergebnis von Kriegen und staatlicher Machtpolitik, aber nicht einer sachlich notwendigen Mindestzahl von Staatsbürgern.

Wie die Geschichte internationaler Beziehungen, insbesondere der Kommunikation, des Verkehrs, der Wirtschaft und selbst der Staaten untereinander zeigt, können überregionale Belange durch die Entsendung von Vertretern/Delegierten mit gebundenem Mandat geregelt werden. Hier haben die Vertreter jeweils ausschließlich dem Willen der Vertretenen zu folgen, sind ihnen verantwortlich und können jederzeit abberufen und ersetzt werden.

Die Abgabe der Stimme an einen Vertreter, der wie bei der Wahl von Parlamentsabgeordneten ein freies Mandat erhält und dies dann sogar gegen den ausdrücklich erklärten Willen der Vertretenen ausüben kann, ist die Legitimation einer Fremdbestimmung, die auch nicht dadurch zur Selbstbestimmung wird, wenn sich dieser Vorgang periodisch wiederholt.

Die Teilnahme an einer Parlamentswahl ist notwendig getragen von dem Wunsch auf Teilhabe an der Staatsgewalt und ist damit die Beteiligung an dem Versuch, die eigene politische Meinung per Gesetz, Macht und letztlich per Gewalt den Andersdenkenden aufzuzwingen. Mit dem Bekenntnis grundsätzlichen Gewaltverzichts sind auch die Wahlen in einer repräsentativen Demokratie nicht zu vereinbaren. Wer Macht und Herrschaft über Menschen überwinden will, wird nicht um diese Macht kämpfen, sondern auf sie verzichten.

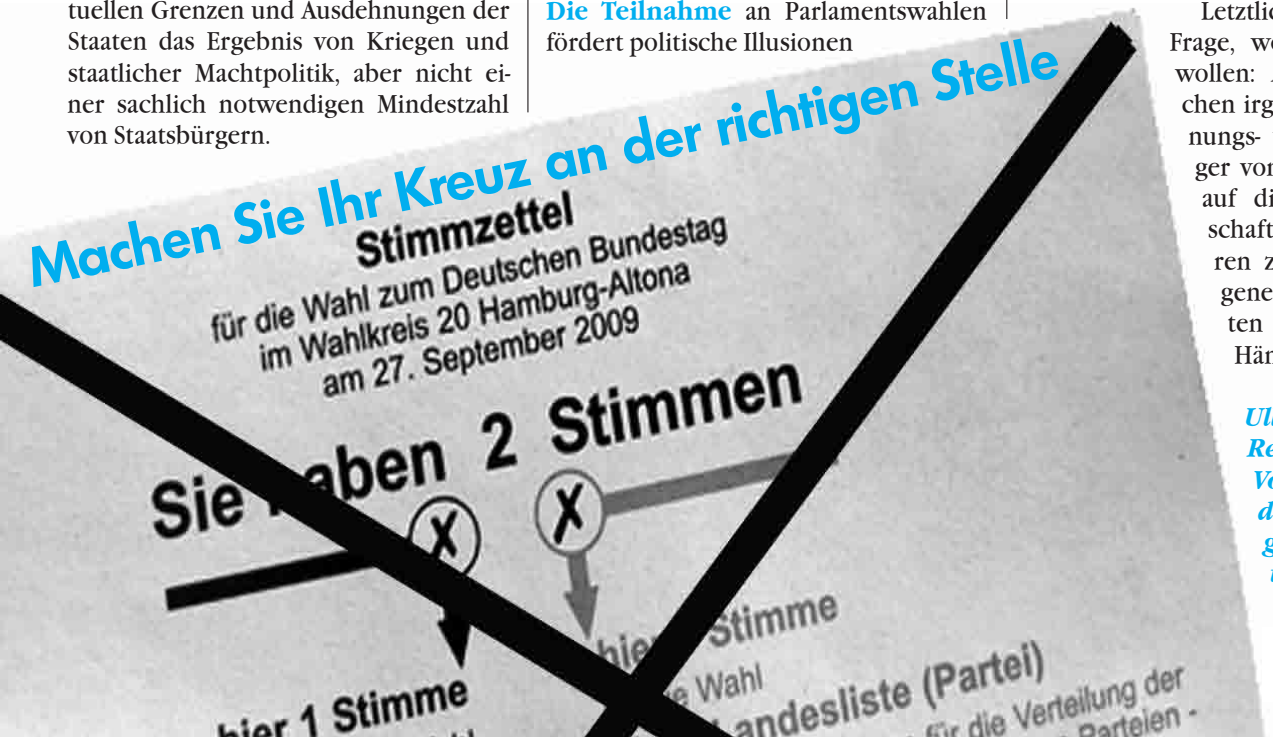
Die Teilnahme an Parlamentswahlen fördert politische Illusionen und behindert die Wahrnehmung der realen politischen Verhältnisse. Die vorgegebenen politischen Verhältnisse verändern sich nur insoweit, wie ich selbst zur Übernahme von Verantwortung bereit bin und es mir und anderen gelingt, die öffentliche Meinungsbildung in Richtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu beeinflussen.

Dies gilt auch für den häufigen Einwand, der Wahlverzicht begünstige die „rechten Parteien". Auch hier gilt: Die politische Einstellung der Menschen zu bestimmten Sachfragen (etwa ihrem Verhältnis zu Ausländern und Asylsuchenden) ist abhängig von dem stattgefundenen und noch stattfindenden Prozess der politischen Willensbildung. Gegen rechtes Gedankengut ist das offene Gespräch wirksamer als der heimlich ausgefüllte Stimmzettel.

Die Zahl der „rechten Wähler" ist keine statische Größe, und in Wirklichkeit beschränkt sich „rechtes Gedankengut" auch nicht auf solche „rechten Parteien". Die seit vielen Jahren geführte Diskussion um das Ausländer- und Flüchtlingsrecht sowie die dazu erlassenen Gesetze sind hierfür ein beredtes Beispiel.

Natürlich ist es denkbar, politisch selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln und aktiv an der öffentlichen Willensbildung teilzunehmen und trotzdem alle 4 Jahre auch noch wählen zu gehen, so wie es auch denkbar ist, den Kapitalismus zu kritisieren und nebenbei mit Aktien zu spekulieren.

Letztlich bleibt es die Frage, worauf wir bauen wollen: Auf das Versprechen irgendwelcher Hoffnungs- und Leistungsträger von Weltklasse oder auf die eigene Bereitschaft, selbst mit anderen zusammen die eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen.



Ullrich Hahn ist Rechtsanwalt und Vorsitzender des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes. ZC

FREIeHEIDe bewirkt halbes Wunder

Erfolg nach 17 Jahren gewaltfreien Widerstands gegen das „Bombodrom"/Von Roland Vogt

Am 9. Juli verkündete der Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung auf einer Pressekonferenz, „... dass die Bundeswehr auf die Nutzung von Wittstock als Luft-Boden-Schießplatz verzichten wird". Damit war ein 17 Jahre nach allen Regeln der Kunst geführter ziviler Widerstand von Erfolg gekrönt. David, so schien es, hatte Goliath abermals in die Knie gezwungen.

Schweinrich, Kreis Ostprignitz-Ruppin/Land Brandenburg, am 23. August, Siegesfeier der Bürgerbewegung für die Freie Heide auf der Festwiese am Dranser See: „Ist das nicht ein Wunder?" ruft Pfarrer Reinhard Lampe immer wieder in die Menge. Er zählt alle Elemente des Widerstands gegen das „Bombodrom" auf und skandiert jedesmal im Refrain: „Ja, das ist ein Wunder!".

17 Jahre zuvor war am gleichen Ort die Bürgerinitiative FREIeHEIDe gegründet worden. Den Namen der Bürgerinitiative und seine besondere Schreibweise hat ihr erster Sprecher, Reinhard Lampe, „erfunden", damals Pfarrer in der Gemeinde Dorf Zechlin, wie Schweinrich Anliegergemeinde des „Bombodroms".

FREIeHEIDe liest sich wie Freiheit. Freiheit war eines der Hauptziele der DDR-Wendebewegung. Reinhard Lampe hatte in ihr eine aktive Rolle gespielt. Freiheit nun auch für die Kyritz-Ruppiner Heide. Freiheit vom Bombenterror, gefahrloser, freier Zugang zur (nun wieder!) militärisch abgeriegelten Heidelandschaft. Der Geistesblitz „FREIeHEIDe" bannte das Programm des erwachenden regionalen Volkswiderstands und die Sehnsucht einer ganzen Region in ein griffiges Leitmotiv.

Die Bürgerinitiative nahm sich nichts weniger vor, als den Luft-Boden-Schießplatz zu verhindern, den der Bundesminister der Verteidigung, damals Volker Rühe, in der Kyritz-Ruppiner Heide errichten wollte. Auf dem 142 Quadratkilometer großen Areal hatten die sowjetischen Streitkräfte jahrzehntelang Bombenabwürfe geübt, weshalb nun auch das Projekt der Bundeswehr von den Menschen der Region einfachheitshalber „Bombodrom" genannt wurde. Nicht minder vereinfachend bezeichneten die Bundesminister der Verteidigung, mit Jung vier an der Zahl, ihr Übungsgelände zwischen den Städten Wittstock, Neuruppin und Rheinsberg, „Truppenübungsplatz (TÜP) Wittstock".

Wie konnte es gelingen, dass einfache Bürgerinnen und Bürger in einer dünn besiedelten Region 17 Jahre lang ihre Heimat gewaltfrei und schließlich erfolgreich gegen ein Großprojekt des Staates zu verteidigen wussten? Dass sie dabei Macht entfalteten? Denn wenn Macht die Fähigkeit ist, einen Anderen gegen seinen Willen zu einem Tun, Dulden oder Unterlassen zu bringen, dann haben die Bürgerinitiative FREIeHEIDe und ihre Bündnispartner Macht ausgeübt. Nach meiner Beobachtung waren entscheidend für den Erfolg dieser „Macht von unten" mehrere Komponenten: ein klares Ziel, eine gekonnte gewaltfreie Strategie, Inspiration, Führung und Integration durch herausragende Persönlichkeiten.

Entscheidend war auch die Selbstorganisation der BI durch ein verlässliches Team über all die Jahre, wodurch die Unabhängigkeit der Bewegung gewahrt werden konnte. Innovative Aktionsformen sorgten dafür, dass die BI FREIeHEIDe zunehmend Sympathien in ganz Deutschland und immer neue Bündnispartner gewann: über 100 Protestwanderungen zum Truppenübungsplatz, kunstvoll aus Baumstämmen gefertigte Mahnsäulen, die nach einigen Jahren

Protestwanderung mit Ministerpräsident Platzeck

das Bombodrom wie Totempfähle umzingelten. Der Durchbruch zum abschließenden Erfolg ist allerdings der politischen Lobbyarbeit und der Prozessführung durch begnadete Verwaltungsrechtsanwälte zu verdanken.

Maßgeblich in der politischen Lobbyarbeit war m.E. die Unternehmerinitiative pro Heide, die 2004 den CDU-Wirtschaftsminister Junghanns davon überzeugte, dass ein Luft-Boden-Schießplatz die in der seen- und waldreichen Region aufstrebende Tourismusbranche beschädigen würde. Junghanns vollzog daraufhin für das Wirtschaftsministerium, das bis dahin im TÜP Wittstock einen Wirtschaftsfaktor gesehen hatte, einen Kurswechsel. Damit gab er auch der brandenburgischen CDU das Signal zum Umdenken. Das war „Zivilcourage im Amte“, denn der brandenburgische CDU-Vorsitzende hieß Jörg Schönbohm, und Junghanns riskierte sein Ministeramt. Da aber Landtagswahlen bevorstanden und das Bombodrom in Brandenburg höchst unbeliebt war, drehte selbst Schönbohm bei und mit ihm die Landes-CDU. Das war schon mal ein kleines Wunder, mit dem kaum jemand gerechnet hatte.

Die Rechtsanwälte Geulen und Klinger gewannen für die Bombodromgegner, in der Vertretung von Anrainergemeinden und Betrieben, einen Verwaltungsrechtsstreit nach dem anderen gegen den jeweiligen Bundesminister der Verteidigung. Als der letzte im Bunde, Franz Josef Jung, schließlich auch noch vor dem Berlin-Brandenburger Oberverwaltungsgericht verlor, hatte er zu entscheiden, ob er in Revision beim Bundesverwaltungsgericht gehen oder aufgeben sollte. Kurz vor Ablauf der Rechtsmittelfrist warf er schließlich mit seiner Erklärung vom 9. Juli das Handtuch.

Genau besehen ist das, was Minister Jung da verkündet hat, zunächst nur ein Achtungserfolg auf dem Weg zur freien Heide, ein halbes Wunder sozusagen. Über die Frage, ob die Bundeswehr den „Truppenübungsplatz Wittstock“ gänzlich aufgibt, will die Bundeswehr erst nach der Bundestagswahl vom 27. September entscheiden. Wenn es bei dem Verzicht auf das Üben von Luft-Boden-Einsätzen bleibt, hat die FREIe-HEIDe-Bewegung immerhin erreicht, dass in der Kyritz-Ruppiner Heide keine Luftangriffe auf Bodenziele mehr geübt werden.

Ausgerechnet in einem Beitrag zur Bombardierung der zwei Tanklaster bei Kundus („Verhängnisvoll loyal“, „Frankfurter Rundschau“ vom 8. September) meint Thomas Kröter, Jung habe mit seinem Einlenken beim Bombodrom „der darbenden Friedensbewegung einen Erfolg beschert“. Ist das nicht eine Herausforderung, aus dem halben Wunder ein ganzes zu machen?

Roland Vogt war Konversionsbeauftragter im Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg und Mitinitiator der Bürgerinitiative FREIe-HEIDe.

ZC

Fotos: Rainer Kühn

Versprochen, gebrochen: *Als SPD-Vorsitzender hatte Scharping die Schließung des Bombodroms vesprochen, als Militärminister versuchte er, es mit aller Macht durchzusetzen.*

Foto: Stefan Philipp

Tobias Pflüger

Mitglied im Rat der War Resisters' International (WRI)

International zusammenarbeiten gegen Krieg und Militarismus

In meiner letzten Kolumne als Europaabgeordneter in der ZivilCourage hatte ich vorgeschlagen, sich als Friedensbewegung vor allem um zwei Themen zu kümmern: Bundeswehr in Afghanistan und Unterstützung des irischen Nein zum Lissabon-Vertrag. Bei beiden Themen spitzt sich die Lage zu.

Das von einem Bundeswehr-Oberst angeforderte Massaker um zwei gestohlene Tanklastzüge mit mindestens 35 (US-Militärs sprechen von 135) getöteten Zivilisten, hat kurz vor der Bundestagswahl die Debatte um einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan angeheizt. Wir müssen jetzt als Friedensbewegung mit Argumenten überzeugen. Ja, die Bundesregierung nimmt mit der Bundeswehr aktiv an einem auch Angriffskrieg in Afghanistan teil. Die neue so genannte „Taschenkarte“ für die Bundeswehr-Soldaten erlaubt es, dass auf Menschen geschossen werden darf, auch wenn sie fliehen und wenn sie „feindseliges Verhalten“ zeigen. Die neuen Nato-Richtlinien beschreiben offen, wie durch die rücksichtslosen Aktionen der Nato der Widerstand immer weiter angeheizt wird. Die Anzahl der getöteten Zivilisten und Nato-Soldaten steigt von Monat zu Monat an. Der Rückzug der Bundeswehr ist richtig und absolut notwendig. Wir kämpfen hier international gemeinsam mit den Friedensbewegungen anderer Nato-Staaten.

In Irland muss die Bevölkerung am 2. Oktober noch mal über genau denselben Lissabonner Vertrag abstimmen wie beim ersten Mal, als sie mehrheitlich mit Nein votiert hatte. Am 5. September war ich von der irischen Friedensbewegung und der Peace and Neutrality Alliance (PANA) nach Shannon in Irland zu einer internationalen Konferenz eingeladen gewesen. Bis zu 40 Prozentpunkte der No-Stimmen sorgten sich das letzte Mal berechtigterweise um die irische Neutralität, gibt es doch an einer Reihe von Stellen im Lissabonvertrag Bezüge zur Nato, also eine primärrechtliche Verankerung der engen EU-Nato-Zusammenarbeit. In Irland besteht, so ist nicht nur mein Eindruck nach der sehr erfolgreichen Konferenz im militärisch genutzten offiziell zivilen Flughafen Shannon (Leipzig lässt grüßen), dass es eine reale Chance gibt, dass die Irinnen und Iren am 2. Oktober erneut mit NO zum Lissabonner Vertrag stimmen. Die Friedensfreunde vor Ort sind auf eine europäische und internationale Zusammenarbeit angewiesen. Wir sollten als DFG-VK die NO-Kampagne der irischen Friedensgruppen unterstützen, auch personell und finanziell.

Sommercamp-Aktionen in Büchel

Auf dem Nato-Luftwaffen-Stützpunkt lauern nicht nur Atomwaffen!/Von Marion Küpker

Vier Wochen lang, vom 13. Juli bis 9. August, gingen kreative Aktionen vom *Gaaalischen Dorf*, unserem Widerstands-Camp in der Eifel, aus. Es gelang uns, den geregelten Ablauf auf dem Fliegerhorst Büchel zu stören und die Diskussion in der Region um die illegale US-Atomwaffenstationierung, aber auch der dortigen Uranwaffen sowie die Beteiligung Büchels am Krieg in Afghanistan einzuheizen.

Militärstandort Büchel
Die Luftwaffe verfügte laut einer Bundestagsanfrage am 1. Oktober 2007 über 182 Tornado-IDS-Kampfflugzeuge, wovon der Stützpunkt Büchel mit dem Jagdbombergeschwader 33 das größte Kontingent mit 47 „Tornados IDS" aufweist. Der fliegende Kampfverband JaboG 33 liegt auch bei der Anzahl der Beschäftigten an der Spitze der deutschen Luftwaffe: mit 1.473 beschäftigten Soldatinnen und Soldaten und einem 353 Köpfe zählenden Zivilpersonal. Seine Rolle ist dem Luftangriff zugeordnet, und die Teilnahme an nationalen und Nato-Übungen sowie der Katastrophenschutz gehören zum Auftrag und sind integriert in die Arbeitsteilung der sieben deutschen Luftwaffen-Geschwader. 2013/14 soll ein Teil des JaboG 33 als letztes Geschwader der Luftwaffe auf den „Eurofighter" umgerüstet werden. Die Luftwaffe braucht „Tornados" für bestimmte Funktionen, die für das Waffensystem „Eurofighter" nicht oder nur teilweise vorgesehen sind, z.B. zur „Unterdrückung der gegnerischen Luftverteidigung", „Bekämpfung von Überwasserstreitkräften" und bemannte „luftgestützte Aufklärung im Einsatzgebiet", und will diese daher über das Jahr 2020 hinaus weiter nutzen. Als Bewaffnung tragen die „Tornados" in Büchel laut Webseite der Hersteller und der Luftwaffe u.a. „GBU-24", lasergelenkte Präzisionsbomben, und den „Taurus", den modernste Marschflugkörper (Cruise Missiles) der Welt. 2005 wurde die Landebahn in Büchel ausgebaut, und mehrfach wurden die großen „Antonow"-Transportflugzeuge gesichtet. Von einer angeblichen Schließungsgefahr durch einen eventuellen Abzug der dort zusätzlich stationierten Atomwaffen kann sicher keine Rede sein!

Büchel – größter deutscher Nato-Luftwaffen-Stützpunkt: Wie die Herren der Lüfte zeichnen die „Tornados" elegant Kunststücke an den Himmel. Diese jungen Piloten – die „Creme de la Creme" mit all ihren herausragenden Auszeichnungen bei Flug- und Sportwettbewerben und ihren guten Gehältern – stammen aus einer Region, wo dieser Beruf bei vielen zur Familien-Tradition gehört. Sie sind keine gewöhnlichen Fußsoldaten, sondern fühlen sich als die eigentliche Landessicherung, deren modernste Technik in ihren Händen liegt! Aber es gibt auch die anderen, die für andere Aufgabenbereiche zuständig sind. Unser tägliches Aufeinandertreffen war gemischt vom offensichtlichen Ignorieren, Provozieren, war aber auch von gegenseitiger Achtung und von Humor gekennzeichnet.

Narretei gegen Kriegstreiberei: Und da kamen wir nun immer wieder in Kleinstgruppen „als bunte Narren", um ihnen schon frühmorgens ab 6 Uhr 30 bei Arbeitsantritt mit unserem pinkfarbenen entmilitarisierten Bundeswehrgeländewagen am Haupttor in Morgenmänteln mit Kaffeetassen, Transparenten wie z.B. „Obama, your illegal nukes are here!" oder u.a. der Broschüre „Alternativen zum Militär" der DFG-VK-Gruppe Kiel aufzulauern, um sie über die völkerrechtswidrigen Kriege und alles, was damit zu tun hat, zu informieren. Als die herbeigerufene Polizei zur Personalienfeststellung meist aus Cochem heraneilte, war es bereits wieder 7 Uhr 15 – und damit der Verkehr vorbei.

Frühstück im Camp machten in der Regel die AktivistInnen, die sich morgens zur Mahnwache aufmachten, und die teilten anschließend amüsiert die erfahrenen Reaktionen auf unsere neuesten Transparente mit, und wer von ihnen das meiste Infomaterial los wurde.

Infostände, Flugblattverteilen vor den einschlägigen Supermärkten, Plakatieren, ob für unsere Konzerte und Kundgebung oder sogar für den ökumenischen Gottesdienst, führten zu vielen Kontakten. Unsere Konzerte waren sehr schlecht besucht, u.a. durch die regionalen Parallelveranstaltungen wie das „Nature One" und das „Lott"-Musik-Festival, wo ca. 80.000 junge Menschen ihr Wochenende verbrachten.

Weitere Gründe sind der gesellschaftliche Status, den die Luftwaffe hier hat, und der starke Gegenwind, den Leute erfuhren, wenn sie sich mit uns öf-

Foto: Lee Bach-Bayran

Foto: Herbert Sauerwein

fentlich solidarisierten. Mit den Musik-Gruppen „die bandbreite“, „rbm655“ und „audio injection“ sowie unseren Camp-Gitarristen Jan und Toni hatten wir aber trotzdem eine tolle Party.

Die erste angekündigte gewaltfreie Aktion zivilen Ungehorsams, das „Rosen Go-in“ fand bereits in der zweiten Camp-Woche statt. An ihr nahmen Mitglieder des Initiativkreises gegen Atomwaffen, der GAAA, eine Person vom Deutschen Friedensrat und eine weitere aus Belgien teil. Die Besonderheit dieser Go-in-Aktion war die Teilnahme des Pfarrers Matthias Engelke, der bereits vor vielen Jahren erklärt hatte, wenn nach der 7. Umrundung des Fliegerhorstes immer noch Atomwaffen da sein sollten, dann wäre auch er zu weitergehenden zivilen Ungehorsams-Aktionen bereit.

Ziel der Aktion war es, den Soldaten auf dem Militärgelände Rosen zu übergeben und sie aufzufordern, das Militärgelände zu verlassen. Unser Motto: Wenn wir Hausfriedensbruch begehen, dann sollen die Soldaten Kriegsbruch begehen! Am Fliegerhorst waren Polizei und Bundeswehr mit viel Personal sehr gut vorbereitet, um ein Eindringen auf jeden Fall zu verhindern. Allerdings rechneten sie nicht mit einem Eindringen in die zum Flugplatz gehörende Kaserne Cochem-Brauheck, wo die Truppenunterkünfte des Jagdbombergeschwaders 33 liegen. Die Aktivisten fuhren mit Autos schnell an das dortige Haupttor heran und drangen in das Gelände ein, bevor es versperrt werden konnte. Dreien, u.a. dem Pfarrer Engelke, droht jetzt ein Verfahren wegen Hausfriedensbruchs. Die regionale Rhein-Zeitung, die fast täglich über unsere Aktionen berichtete, titelte überspitzt: „Aktivisten stürzten Kaserne ins Chaos“.

Für die dritte Woche wurde ein Straßentheaterstück gegen die Atomwaffen eingeübt und in den umliegenden Städten Trier, Koblenz, Mainz und Mayen aufgeführt. Aus Trier kam hierdurch sogar ein geläuterter Ex-Soldat ins Camp zu Besuch, der noch 2005 in Büchel stationiert war und seine Erfahrungen mit uns teilte.

Junge Menschen aus der Region kamen durch die Berichterstattung der Medien animiert, gingen aber oft wieder fort (Kulturschock), da sie z.T. sehr konfrontative Aktionen mit den Soldaten wollten oder ihnen die warme Dusche fehlte. Mit vielen netten Besuchern diskutierten wir angeregt, hatten aber auch nachts einmal ungebetene jugendliche Gäste, die uns mit themenbezogenen Stammtischparolen provozieren wollten und einige unserer Transparente und Fahnen stahlen. Da drei dieser „Provokateure“ von der Polizei aufgegriffen wurden, kam es hier noch zu einer angenehmen gemeinsamen Aussprache.

Büchel und der Afghanistankrieg

Auch wenn über die direkte Kriegsbeteiligung in Afghanistan durch das Bücheler JaboG 33, welches sich aus drei Gruppen: der Fliegenden-, Technischen- und Fliegerhorst-Gruppe zusammensetzt, wenig an die Öffentlichkeit dringt, haben wir Hinweise im Internet u.a. auf der Luftwaffen-Webseite gefunden:

Stand By zur Überführung

Unter der Führung von Hauptmann Rolf Stoll, Leiter der Prüfgruppe des JaboG 33, wurden am Samstag, den 31. März 2007, 28 Techniker auf dem Werftvorfeld durch den Kommandeur der Technischen Gruppe, Oberstleutnant Uwe Voyé, verabschiedet. Grund war die Überführung von sechs Tornados des Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann“ aus Jagel nach Mazar-e-Sharif, wo sie im Auftrag der ISAF seit dem 15. April Aufklärungsflüge durchführen. Die Überführung der Luftfahrzeuge sollte mittels Luftbetankungen und mit Zwischenlandungen in Sardinien und den Vereinigten Arabischen Emiraten durchgeführt werden. Zu diesem Zweck wurde eine Technikergruppe aus Soldaten des JaboG 33 zusammengestellt, die vorab mit einer Transall, mit einem Stop in Larrisa (Griechenland) nach Hugharda (Ägypten) verlegten. Da die Überführung mittels Luftbetankung erfolgreich war, kamen die Kameraden am Ostersonntag, den 8. April, wieder nach Büchel zurück. Auch wenn sie nicht zum Einsatz kamen, so konnten sie doch viele neue Eindrücke mitbringen.

Im Cochem-Zell-Teil der „Rhein-Zeitung“ gab es am 19. Juli 2009 diesen Artikel:

Der Afghanistan-Einsatz aus Sicht eines Bücheler Soldaten

Wenn die Medien über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr berichten, stehen meistens Soldaten im Mittelpunkt, die Minen entschärfen und Wache außerhalb des Lagers stehen. Doch ohne die Leute von der POL (Petrol, Oil, Lubrificants)-Staffel würde kein Tornado starten. Einer von ihnen ist Arno Steffes, Betriebsstofffeldwebel aus Büchel. Zwei Monate lang war der 34-Jährige im Lager Masar-i-Scharif im Einsatz, lebte auf engstem Raum und in ständiger Angst. Nach seiner Rückkehr hat er der RZ die Erlebnisse seines Auslandseinsatzes geschildert.

In der vierten Woche ging es verstärkt „frech“ zu: Die Clownsarmee trainierte und behinderte anschließend am Hiroshimatag zusammen mit RadfahrerInnen den Verkehr im Kreisel vorm Haupttor, die Ordensleute für den Frieden und

TAURUS-Marschflugkörper

Der „Taurus“, die modernste Abstandswaffe der Welt, wurde im Jahre 2005 durch den deutsch-schwedischen Konzern Taurus Systems GmbH (EADS/LFK-Lenkflugkörpersysteme GmbH [67 %] und Saab Bofors Dynamics) fertig entwickelt. Die deutsche Luftwaffe besitzt 600 dieser gefährlichen Marschflugkörper, u.a. in Büchel. Die bunkerbrechende Taurus-Rakete fliegt nach dem Ausklinken vom „Tornado“ eigenständig – sie ist vorprogrammiert, kann aber zusätzlich über Satelliten korrigiert werden – unter dem Radar hindurch bis zu 500 Kilometer weiter zum Ziel, wo sie laut Angaben der Luftwaffe vier Meter Stahlbeton durchdringen kann. Um in unterirdische Bunker eindringen zu können, führt sie am Ziel ein sog. High-pop-up-Manöver durch, d.h. sie fliegt senkrecht nach oben, um dann im Sturzflug „effektiv“ einzudringen. Um hierzu in der Lage zu sein bedarf es eines Materials mit besonders hoher Dichte, wie es allein Uran oder Wolfram darstellt. Wolfram entzündet sich beim Eindringen aber nicht selbst und wird stumpf. Laut einer Veröffentlichung von Tommy Rödl, Sprecher des bayerischen DFG-VK-Landesverbands, kann der „Taurus“ sogar mit einem Atomsprengkopf, z.B. mit einem Mini-nuke-Sprengkopf, bestückt werden. Auch auf die US-Atombomben in Büchel passen Mini-nuke-Atomsprengköpfe vom Typ B-61 11, welche jederzeit unter Geheimhaltung von der zuständigen US-MUNSS Spezialeinheit angebracht werden könnte. Bereits der Einsatz der sog. konventionellen „Taurus“-Waffe, verbunden mit dem in Tschechien geplanten US-„Raketenabwehrsystem“, würde die Möglichkeit eines Nato-Angriffskriegs gegen Russland stark erhöhen: Die feindlichen unterirdischen Atomwaffenbunker könnten u.U. so vor dem Gegenangriff zerstört werden. Sehr bedrohlich erscheint dies angesichts der Tatsache, das EADS aktuell auch in Frankreich an der Atomwaffenmodernisierung – den M51 Mini-nuke-Raketen und deren Trägersystem – arbeitet, wenn auch anscheinend nicht direkt am Atomsprengkopf. Allerdings machte der französische Präsident bereits im letzten Jahr das Angebot, „Deutschland auch Atomwaffen zu überlassen, falls dieses gewünscht sei“. Frankreich und die USA hängen bereits seit Jahren der befürchteten neuen Nato-Doktrin des „präventiven nuklearen Krieges auch gegen Nichtatomwaffenstaaten im sog. Krieg gegen den Terror“ an. Der vorige Präsident Chirac benannte es bereits in seinen Neujahrswünschen 2007: Man müsse nämlich „regionale Mächte“ im nuklearen Visier haben. Diese „gestaffelte Abschreckung“ soll es Frankreich erlauben, „neuralgische Zentren“ ins Herz zu treffen. Als „letzte Warnung“ sozusagen. Es gelte, die Abschreckungskapazitäten der „Grande Nation“ den neuen „regionalen Bedrohungen“ im sog. Krieg gegen den Terror anzupassen. Wir müssen auch hiergegen unseren Widerstand organisieren, da diskutiert wird, diese Doktrin ab 2010 für alle NATO-Mitglied-Staaten geltend zu machen.

Foto: Sven Schumacher

Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbunds umrundeten den Fliegerhorst, blaue Friedensballons schwammen auf der Mosel gegen den atomaren Untergang, „Flashmob“-Aktionen, beispielsweise „Schlafen gegen Atomwaffen – Träumen vom Weltfrieden“ mit Bettzeug am Haupttor, die so plötzlich endeten wie sie begannen, so dass die herbeigerufene Polizei „zu spät“ kam, eine „Filmnacht“ mitten auf der Verkehrsinsel vor der Fliegerhorst-Zufahrt führte zu ratloser Polizei, die um Eis gebeten wurde, die TeilnehmerInnen der DFG-VK-Fahrrad-Aktionstour „Auf Achse für den Frieden“ zeigten uns ein Straßentheaterstück.

Und es gab weitere Inspektions- und Go-in-Aktionen: Die „UN-Blaudrachen-Inspektion“ *(Foto links)* ließ selbstgebastelte Drachen in der Einflugschneise des Jagdbomber-Flugplatzes steigen und das Geschehen auf dem Stützpunkt „beobachten“, wobei sich ein Drache über den Zaun losmachte. Einigen vom Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und Ban All Nukes generation (BANg) droht jetzt laut Polizei eine Anzeige wegen Störung des Flugverkehrs.

Bei einer weiteren Go-in-Aktion schnitten drei AktivistInnen den Maschendraht am Fliegerhorst Büchel auf, um durch den dahinter liegenden Nato-Draht zu robben. Niemals zuvor hatte sich die GAAA an den Nato-Draht getraut, um jetzt von anderen zu lernen, dass mensch dort mit Handschuhen diesen ganz einfach auseinander halten kann und er überhaupt kein Hindernis darstellt. Am Zaun befestigten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Keine Uranwaffen! GBU-24 + TAURUS auch ILLEGAL!“, da diese Uranwaffen neben den ca. 20 US-Atombomben (B-61) auch in Büchel stationiert sind: die bunkerbrechende GBU-24 Bombe mit ca. einer halben Tonne Uran und der Taurus-Marschflugkörper mit ca. 250 Kilogramm Uran.

Die belgische Aktivistin Monique D’Hooghe überreichte einem der Feldjäger zwei Broschüren über die gesundheitlichen Folgen von Uranwaffen mit der Bitte, sie an den deutschen und den US- Kommandanten zu übergeben. Nach ihrer Aktion am Nato-Luftwaffenstützpunkt erklärte sie: „In Belgien sind diese völkerrechtswidrigen Uranwaffen seit diesem Jahr per Gesetz verboten. Der irakische Krebsspezialist Dr. Jawad Al-Ali hat die schrecklichen gesundheitlichen Folgen und schweren Fehlbildun-

Foto: Norman Liebold

gen an Neugeborenen in der südirakischen Basra-Region ausführlich dokumentiert. Und auch Italien musste anerkennen, dass die über 200 Krebs-Todesfälle unter den ca. 2.000 italienischen Soldaten, die im Kosovo ‚aufräumten', mit den von der Nato eingesetzten Uranwaffen zusammenhängen."

Christian Mallas *(Foto oben)*, Mitglied in der DFG-VK-Gruppe Kiel, gegen den laut aktuellem Polizeischreiben jetzt „nur noch" wegen „Landfriedensbruchs" ermittelt wird, ergänzt: „Es werden radioaktive Kriege geführt, und kaum jemand merkt es! Die Nürnberger Prozesse verpflichten uns, gegen Kriegsverbrechen Widerstand zu leisten, und es wird Zeit, dass Deutschland das Völkerrecht endlich anerkennt. Mit unserer Aktion wollen wir diesen Sachverhalt bekannt machen!"

Dies war die achte Go-in-Aktion der GAAA am Fliegerhorst seit ihrer Gründung 1996.

Zum ersten Mal erhielten AktivistInnen für solch eine Aktion eine Anzeige wegen „schweren Landfriedensbruchs".

Vernetzungstreffen für die nächste Aktion: Im Vorfeld wurde aufs Camp eingeladen, um über eine Aktion an dem nächsten europäischen Aktionstag gegen Atomwaffen zu diskutieren. Fast alle europäischen Gruppen an den jeweiligen Atomwaffenstandorten haben diesem Aktionstag am Ostersonntag, dem 4. April 2010, genau einen Monat vor der kommenden Atomwaffensperrvertrags-Konferenz in der UN, zugestimmt. Dieser Termin fällt aber auf die Osterfeiertage und damit auch auf den 50. traditionellen Ostermarsch.

Wir diskutierten die Vorstellung einer großen Menschenkette am Standort Büchel, ähnlich wie vor 25 Jahren zu Hochzeiten des Widerstands gegen die Pershing-II-Atomraketen. Natürlich wissen wir, dass unsere Proteste heute gegen Atomwaffen mit dem damaligen Widerstand nicht zu vergleichen sind. Trotzdem wollen wir versuchen, eine größere Aktion am Ostersonntag und möglichst nicht in Konkurrenz zu den regionalen Ostermärschen hinzukriegen, und freuen uns über jede/n, der/die daran mitarbeiten möchte. Geschmückt mit Bildern und Namen der vielen zivilen Opfer ließe sich der Zaun des Nato-Flugplatzes Büchel zu einer „Klagemauer" umfunktionieren. Ob diese Idee in einem größeren Teil der Friedensbewegung Anklang findet, wird sich erst Ende dieses Jahres zeigen.

Foto: Harald Sauerwein

Ein wichtiger Punkt für unsere politische Diskussion besteht darin, diese letzten 20 US-Atomwaffen in Büchel nicht losgelöst von der Nato-Strategie und auch die Einbindung des Fliegerhorstes Büchel in die heutigen Kriege zu betrachten. Hans Lammerant *(Foto unten)* von der befreundeten belgischen Organisation Vredesactie berichtete, dass auch sie dort ihren Protest am Anfang allein gegen die Atomwaffen richteten, diesen aber bereits auf die kriegsführende Nato ausgeweitet haben.

Unsere Aktionen endeten am Nagasaki-Tag, dem 9. August mit einer Demonstration und Kundgebung, u.a. mit Elisabeth Bernhard, Trägerin des rheinland-pfälzischen Friedenspreises 2009. Ein Friedenspfahl, gespendet vom Bürgermeister von Mutlangen, wurde am Haupttor gesetzt mit der Aufschrift „Möge Friede auf Erden herrschen".

Marion Küpker ist Koordinatorin der GAAA (Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen; als Gruppe Mitglied in der DFG-VK) und internationale Koordinatorin gegen Atom- und Uranwaffen der DFG-VK. ZC

Spendenaufruf

Auf der Autobahn Trier-Koblenz geschah das Unglück: Der Anhänger mit Campmaterial an unserem pinkfarbenenen Aktionsmobil schaukelte sich in einer steilen Talabfahrt hoch und schleuderte aus der Bahn. Glück im Unglück: Niemand wurde verletzt! Es entstand allerdings ein Sachschaden von etwa 4.000 Euro.

Wir haben bisher auf eMail-Listen unseren Spendenaufruf verbreitet und hoffen zusätzlich über diesen Weg auf viele kleine solidarische Spenden – weil: Technisches wie persönliches Versagen gibt es nicht nur bei Atomkraftwerken...

Bitte spendet auf unser Konto: BW-Förderverein für Frieden/Abrüstung e.V., Volksbank in Stuttgart, Konto 563 13 10 04, BLZ 600 901 00, Stichwort (wichtig!): Atomwaffen/Unfall (Spendenbescheinigung möglich)

Foto: Coleen Orth

Computer, Spiel, Krieg

Beobachtungen bei der „GamesCom“ in Köln/Von Stephan Möhrle

„Denn Köln ist die Film- und Fernseh- sowie Gamingmetropole Deutschlands.” So die Begründung des Oberbürgermeisters der Domstadt Köln, Fritz Schramma, weshalb die „GamesCom“ in Köln stattfinden müsse. Damit hat er nicht einmal unrecht. Zwar ist „Electronic Arts“ seit der Fusion von „Vivendi-Games“ und „Activision“ nur noch der zweitgrößte Entwickler und Publisher von Computerspielen, aber die Deutschland-Zentrale liegt zufälligerweise in Köln. Die Stadt, in welcher die „GamesCom“ stattfindet, nach eigener Darstellung die „weltweit größte Messe für interaktive Spiele und Unterhaltung“.

Wenn man im nicht-öffentlichen Begleitkatalog für Spieleentwickler und Fachbesucher ein wenig schmökert, fällt einem der sogenannte GamesCom-Beirat auf. Ein Beirat, der mehr ein Who-is-who der Computerspielebranche ist. Allen voran „Electronic Arts“ (EA). Ob das die Begründung ist, warum die Spiele-Schmiede bei der Messe Ende August eine ganze Halle für sich allein bekommt?

Köln ist in jeder Hinsicht prägend für die Computerspielbranche. Wenn wir an die Fachhochschule Köln denken, fällt uns sofort das Projekt „Spielraum“ ein. Das ist eine unter anderem mit Geldern von EA-Games ermöglichte Informationsstelle innerhalb der Fachhochschule. Diese Informationsstelle ist bemüht, „den Fokus auf Computerspiele neu einzustellen“.

Zu Informationsveranstaltungen des „Spielraums“ werden häufig Spielentwickler geladen, besonders EA-Games schickt seine Vertreter gerne. So sagt Jörg Trouvin von EA-Games Deutschland: „Grundsätzlich muss man sagen, dass Computerspiele sehr viele positive Wirkungen haben, ich behaupte sogar: Spielen macht schlau, denn ich kann darin sehr viel lernen; ich kann lernen, mich in dreidimensionalen Welten zurechtzufinden, und ich lerne eben auch genau, mit Sieg und Niederlage und mit Frustration oder auch Eerfolg sehr viel besser umzugehen, denn das erlebe ich.“

Diese Meinung wird von den Wissenschaftlern der FH-Köln geteilt. So behauptet Professor Jürgen Fritz in einem Interview mit dem ZDF-Magazin „Frontal21“ beispielsweise: „Es ist mehr so eine Art Gehirnjogging, das heißt die grauen Gehirnzellen werden in Schwung gehalten, aber dass das, was da gelernt wird, einen unmittelbaren Transfer in die reale Welt hat, im Positiven nicht und im Negativen auch nicht, ist, denke ich, Stand der derzeitigen Forschung.“

Foto: Stephan Möhrle

Besucher der GamesCom in Köln

Dem schließt sich auch sein Kollege Professor Winfried Kaminski an: „Intensiv spielen ist etwas, was sozusagen sehr human ist, das Sich-auf-eine-Sache einlassen. Wir können nicht immer kritisieren, die [Jugendlichen] können sich nicht mehr konzentrieren, denn dabei konzentrieren sie sich.“

Wie viel Geld in diese FH-interne Informationsstelle geflossen ist, will man nicht preisgeben. Aber man versichert, dass man darauf achte, sich nicht von der Industrie korrumpieren zu lassen.

Während in Köln wissenschaftliche Studien beweisen, dass Computerspiele den Umgang mit Problemen, Aggressionen, Frustrationen, Sieg- und Niederlagesituationen trainieren, hört man von anderen Unis und Instituten ganz anderes.

Prof. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Instituts Niedersachsen, hat in der europaweit bisher größten Erhebung zu diesem Thema die Zusammenhänge von Medienkonsum und Gewalt bzw. schulischem Erfolg erforscht und kommt zum Ergebnis: „Unabhängig von der Mediennutzung werden 8,6 Prozent der Mädchen und 25,1 Prozent der Jungen gewalttätig. Bei Jugendlichen, die regelmäßig indizierte Spiele spielen, steigt der Anteil bei Mädchen auf 24,5 und bei Jungen auf 38 Prozent.“

Diese Ergebnisse sind nahezu deckungsgleich mit denen, die der Ulmer Hirnforscher Prof. Manfred Spitzer zu Tage gefördert hat. Spitzer geht allerdings noch einen Schritt weiter und stellt eine verlangsamte bzw. rückständige Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen fest, die viel Zeit vor dem Bildschirm verbringen. Darüber hinaus stellt er in seinem Buch „Vorsicht Bildschirm“ noch folgende These auf: „Aufgrund der Bildschirm-Medien wird es in Deutschland im Jahr 2020 etwa 40.000 Todesfälle durch Herzinfarkt, Gehirninfarkt, Lungenkrebs und Diabetes-Spätfolgen geben; hinzu kommen jährlich einige hundert zusätzliche Morde, einige tausend zusätzliche Vergewaltigungen und einige zehntausend zusätzliche Gewaltdelikte gegen Personen“.

Grundsätzlich unterscheidet man in der Medienwirkungsforschung unter vier möglichen Theorien, welche alle durch Untersuchungen wissenschaftlich gesichert sind. So gibt es die Inhibitionstheorie, nach der Gewaltdarstellungen in Medien Angst erzeugen können, und dann durch diese Angst die Aggressionsbereitschaft hemmen; die Stimulationstheorie, die davon ausgeht, dass Gewaltdarstellungen die Aggressionsbereitschaft fördern; die Habitualisierungstheorie, nach der Gewalt in Medien abstumpfend und gewöhnend wirken kann, und die Katharsistheorie – vertreten zumeist von Spielern und der Industrie –, nach der Gewaltdarstellungen in Medien Spannungen abbauen und die Gewaltbereitschaft mindern können.

Doch auch, wenn es verschiedenste

Thesen, Behauptungen und Vermutungen zu dieser Thematik gibt, die aus verschiedenen Quellen mit unterschiedlichen Hintergründen kommen, wäre es doch voreilig, daraus den Schluss zu ziehen, es gebe keine sich in eine klare Richtung verdichtenden Schlüsse. Im wissenschaftlichen Rahmen gibt es nicht den „endgültigen eindeutigen Beweis“ an und für sich, der das Ende einer Diskussion besiegelt. Zu jedem Zeitpunkt jedoch können die bis dahin existierenden Forschungsarbeiten in so genannten Metaanalysen zusammengefasst, analysiert und interpretiert werden.

Wer sich die Ergebnisse einiger Metaanalysen ansieht, stellt fest, dass diese einen Zusammenhang zwischen dem Konsum gewalthaltiger Computerspiele und realer Aggression attestieren. Allerdings variiertn die Stärke dieses Zusammenhang je nach Studie von „schwach positiv“ bis „sehr stark positiv“.

Foto: Stephan Möhrle

Mobiles Heerlager der Bundeswehr auf der GamesCom

So weit die Theorie – und die Praxis auf der Messe? Auf der Suche nach gewaltfreier Konfliktlösung landete ich sehr schnell an einem Stand, der mir durchaus bekannt vorkommt. Ein Stand des Personalamtes der Bundeswehr – oder vielmehr ein mobiles Feld-Hauptquartier. Von einem großen Aufklärungspanzer herab befiehlt ein als an den Schulterstücken zu erkennender Hauptmann den vorbeigehenden Jugendlichen, am Gewinnspiel teilzunehmen, um „tolle“ Preise zu gewinnen.

Ich begebe mich zu einem herumstehenden Gefreiten, der gleich versucht, mich zur Teilnahme am Gewinnspiel zu animieren, dafür aber meine Fragen über „moralische Bedenken“ sofort abblockt. Nach der Bemerkung dass ich nicht vorhabe, mit ihm zu spielen, sondern ernste Fragen hätte, werde ich dem zuständigen Oberstleutnant vorgestellt. Auf meine Fragen bekomme ich überraschend ehrliche Antworten von ihm.

Auf die wichtigste, was die Bundeswehr auf einer Spielemesse zu suchen hat, bekomme ich die Antwort: „Wir stellen die Ausbildungen vor“. Das war schon richtig, aber über die Risiken oder moralischen Bedenken hat man lieber nicht gesprochen. Auf die Frage, ob sie nach Jugendlichen suchen, die Computerspiele á la „Counter-Strike“ spielen, wurde nur lächelnd der Kopf geschüttelt. Allerdings gab man offen zu, das man es durchaus begrüße, dass die heranwachsende Generation mit dem Bildschirm förmlich aufwachse, da im „Battlefield of the future“ die Technik eine viel wichtigere Rolle bekommen würde als der eigentliche Kampfeinsatz; schon heute werden weite Teile der Feldaufklärung von UAVs (Unbemannten Flugdrohnen) übernommen – und die Steuerung der Drohnen geschehe nun mal am Bildschirm.

Am nächsten Tag sieht das jedoch wieder völlig anders aus, der dieses Mal informierende Hauptmann antwortet auf dieselben Fragen gänzlich anders. Wenn er überhaupt antwortet. Technisch sicherlich sehr fit gibt er auf Fragen über das Mehrfach-Artillerie-Raketen-System die knappe Antwort: „Das kommt in der Grundausbildung sowieso nicht vor“. Und auf die Frage, weshalb er überhaupt hier sei, sagt er entgegen der am Tag davor vertretenen Meinung von der „Vorstellung von Ausbildungen bei der Bundeswehr“: um „Jugendliche anzuwerben“. Fragen über ethische Vertretbarkeit werden dann schlicht und einfach ignoriert. Am dritten Tag schließlich ist der informationelle Tiefpunkt und der personelle Höhepunkt erreicht: Mehr Jugendliche als je zuvor, dafür keinerlei Informationen mehr.

Aber natürlich gibt es auch die zivilen Messestände, die sich nicht mit Krieg beschäftigen. „K2“ beispielsweise stellt den großen Hit 2010 vor: „Mafia 2“, ein Gangsterepos vom Feinsten. Zwei Stunden anstehen allein für die Präsentation. Die gezeigten Szenen? Alles für den kleinen Schwerverbrecher, es geht nur um das Sprengen von einigen Autos. Und einer Fabrikhalle. Und unzähliger Polizeiwagen. Unterwegs müssen wir selbstverständlich Prüfungen bestehen, diese werden aber meist von unserer „.38er Magnum“ gelöst. Manchmal reicht es, nur zu drohen. Wenn drohen nicht mehr hilft? Tja , dann folgt das Unvermeidliche. „Aber er wollte es doch so, er hätte ja wegrennen können.“ Und es geschieht ja auch im größeren Zusammenhang. Schließlich steht er zwischen mir und dem Missionsziel. Ich muss das Lager des Autolieferanten sprengen, schließlich will er sein Schutzgeld nicht bezahlen.

Aber natürlich ist nicht alles an der „GamesCom“ schlecht, böse, gewalttätig. Wir sprechen hier schließlich von der europa- oder gar weltweit größten Messe für interaktive Unterhaltungselektronik. Und diese setzt neue Akzente. Wie wir der Messe-Homepage entnehmen können, beginnt hier eine neue Ära für Aussteller und Gamer. Aber nicht nur für diese, auch für Eltern ist Raum vorgesehen, die „Eltern-LAN“ für Lehrer und Eltern, die sich mit dem Thema beschäftigen möchten.

Raum für diese „Eltern-LAN“ bietet die „GamesCom“ mit Hilfe des „Institutes Spielraum“ der Fachhochschule Köln und des Spieleratgebers-NRW vom ComputerProjekt Köln e.V. Am Samstag, den 22. August, pünktlich um 11 Uhr erklären auf der GamesCom medienerfahrene Pädagogen die Welt der Computerspiele und diskutieren mit den Teilnehmern über Jugendschutz und das Mediennutzungsverhalten ihrer Kinder. Unterstützung für das Pädagogenteam bietet zudem „Turtle Entertainment“, Marktführer im Bereich des elektronischen Sports (eSport) in Europa, der das Equipment für die Spielerfahrung zur Verfügung stellt.

Die interessierten Eltern und Lehrer werden in das viel diskutierte Spiel „Counter-Strike“ und in das Autorennspiel „Trackmania Nations Forever“ eingeführt.

Die Suchtpräventionsstellen, welche durch eine apathische Arbeitsweise glänzen, sind die einzigen Stände, wo man nicht länger als zwei Stunden anstehen musste, um ein Programm zu sehen. Allerdings ist selbst hier eine objektive Berichterstattung weniger vertreten als die Pauschalaussage die man in Köln an allen Enden hören kann: „Das ist doch alles nicht so schlimm, wie alle sagen“... – was vielleicht gefehlt hat, war der Nachsatz: „Es ist viel schlimmer“.

Stephan Möhrle ist verantwortlich für die Jugendarbeit im DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg.

Rüstungsgeschäfte laufen trotz Wirtschaftskrise prächtig

Deutsche Rüstungsfirmen machen Rekordgewinne/Von Jürgen Grässlin

Wirtschaftskrise? Firmenzusammenbrüche? Massenentlassungen? Nichts von alledem kennzeichnet die wirtschaftliche Lage führender deutscher Rüstungskonzerne. In Zeiten allgemeiner Rezession laufen die Waffengeschäfte dank einer großzügigen Exportförderungspolitik der Bundesregierung und personell chronisch unterbesetzter Rüstungskontrollbehörden wie geschmiert. In der Folge hat sich Deutschland, nach den USA und Russland, endgültig auf Platz 3 der Weltwaffenexporteure etabliert. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri dokumentierte, stiegen die deutschen Rüstungsausfuhren in den letzten fünf Jahren um rund 70 %, der Weltmarktanteil am Waffenhandel konnte von sieben auf 10 % ausgebaut werden.

Bei der European Aeronautics Defence and Space Company (EADS) hat sich Aufbruchsstimmung breit gemacht. Größte Anteilseigner sind der deutsche Automobil- und Rüstungsriese Daimler und Sogeade (Lagardère und die französische Staatsholding Sogepa) mit je 22,5 %. Die spanische Staatsholding SEPI hält 5,49 % des Kapitals. Bei ihren Kriegseinsätzen kämpfen die deutschen, französischen und spanischen Streitkräfte dementsprechend mit Waffen der EADS.

Die Zielvorgabe der EADS-Führung ist klar: „Insbesondere im Verteidigungsgeschäft“ sollen die Verkäufe erhöht werden. EADS-Chairman Rüdiger Grube, mittlerweile Vorsitzender der Deutschen Bahn AG, jubelte über die „sehr positiven“ Ergebnisse des Geschäftsjahres 2008. „Selbst in Krisenzeiten besteht in unserer sich wandelnden Welt stetiger Bedarf an Flugzeugen, Verteidigungs- und Sicherheitssystemen “, heißt es im aktuellen Geschäftsbericht.

Die lange Liste von Erfolgsmeldungen basiert auf den Konzernbilanzen der EADS-Unternehmensbereiche: Airbus Military konnte den Umsatz 2008 auf 2,8 Milliarden Euro steigern und legte allein im letzten Geschäftsjahr beim Auftragseingang um 548 % (!) zu. Die EADS unterzeichnete 2008 einen Vertrag über die Bereitstellung einer Tankerflotte für die britische Luftwaffe, ab 2011 sollen 14 weitere Tankflugzeuge in Dienst gestellt werden. Weitere Empfängerländer der A330 MRTT sind Australien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Der Gesamtauftragsbestand der Airbus-Tankflugzeuge umfasst mittlerweile ein Volumen von 23 Milliarden Euro.

Die EADS-Tochter Eurocopter, weltweit führender Hubschrauberhersteller, erzielte einen Umsatz zu 55 % durch den Verkauf von Militärhelikoptern. Gegenüber dem Vorjahr konnte Eurocopter 2008 den Umsatz um 8 % auf 4,4 Milliarden Euro, den Profit, bei international tätigen Konzernen als EBIT (Gewinn vor Zinsen und Steuern) ausgewiesen, um 39 % auf 293 Millionen Euro steigern.

Die EADS-Sparte Astrium, europäischer Spitzenreiter bei Raumfahrtprogrammen, erreichte einen Umsatzanteil von 35 % durch militärische Produkte. Dabei konnte der Umsatz im Jahr 2008 um 21 % auf 4,3 Milliarden Euro, der EBIT um 34 % auf 174 Millionen Euro hochgeschraubt werden. Die neue Generation ballistischer Raketen vom Typ M51 befindet sich in der Endphase der Entwicklung für die französische U-Boot-Flotte. Damit ist die EADS das einzige europäische Unternehmen, das Trägersysteme für atomare Gefechtsköpfe fertigt. Der Geschäftsbereich Verteidigung und Sicherheit hat „starke Ergebnisse erzielt“, was auch mit dem „Wachstum im Exportgeschäft“ begründet wird. Zu 97 % militärisch, stieg der Umsatz um 5 % auf 5,4 Milliarden Euro, der EBIT um 18 % auf 345 Millionen Euro.

Die Kriegsprofite der EADS werden in den kommenden Jahren exorbitant steigen, sobald der neue Militärtransporter A400M in Serie gehen wird. Mit vielen Verzögerungen verließ der erste der A400M im Sommer 2008 die Endmontage. Mit dem A400M lassen sich Soldaten und Kriegsgerät noch schneller und in größerer Zahl in Kriegsgebiete verlegen. Schon heute liegt die immens hohe Zahl von 192 Bestellungen des Transportfliegers von europäischen „Startkunden“, Südafrika und Malaysia vor.

Was die Stuttgarter Daimler AG in der Fertigung von Großwaffensystemen ist, das ist H&K bei den so genannten „Kleinwaffen“, nämlich Marktführer in Deutschland. Der Jahresumsatz des mittelständischen Unternehmens ist im Geschäftsjahr 2008 auf die Rekordsumme von 185,7 Millionen Euro angewachsen, um 25 % in einem Jahr. Durch Waffenverkäufe konnte der Nettogewinn auf 12,8 Millionen Euro gesteigert werden, was mehr als einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Mehr und mehr entpuppt sich das Sturmgewehr G36, Standardwaffe der Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr, als weltweiter Verkaufsschlager. Vor zehn Jahren bereits wurde eine erste Lizenz an Spanien vergeben, inzwischen eine zweite an Mexiko und eine dritte in den Mittleren Osten – was noch einiges Aufsehen erregen wird. Längst schießen Bundespolizeien, Präsidentenwachen und militärische Spezialeinheiten in mehr als 35 Staaten mit den unterschiedlichen G36-Typen. Der illegale G36-Export in das Kriegsland Georgien ist offiziell noch immer nicht geklärt.

Nur wenige Länder stehen auf der bundesdeutschen Embargoliste. Angesichts der Wirtschaftskrise setzt die Bundesregierung auf Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, die Menschenrechtslage im Empfängerland spielt de facto keine Rolle.

Allein die Zahl der durch H&K-Waffen Getöteten beläuft sich seit der Firmengründung 1949 auf rund zwei Millionen Menschen, berechnet auf einem erhöhten Weltmarktanteil von 12 %. Damit ist Heckler & Koch Deutschlands „tödlichstes“ Unternehmen. Opferzahlen wie diese sind in den Firmenzentralen offenbar kein Thema, stattdessen können die Sektkorken knallen: Der allgemeinen Krise zum Trotz wurden die Produktionskapazitäten ausgebaut, die Beschäftigungszahlen erhöht und die Rüstungsprofite gesteigert.

Wo aber bleibt der Aufschrei einer Gesellschaft, die sich ethischen, moralischen und christlichen Werten verpflichtet fühlt? Wie geht es weiter nach der Bundestagswahl, in deren Verlauf die Diskussion um Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete und damit die Beihilfe zum Völkermord nicht stattgefunden hat? Ansatzpunkte gibt es genug: Vom Mitmachen bei den Kampagnen *www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de* und „60 Jahre Heckler & Koch: Kein Grund zum Feiern!“ bis hin zur aktiven Unterstützung politischer Aktionen, wie der aktuellen „Birkacher Erklärung: Waf-

fenexporte ächten!“ der Evangelischen Landeskirche in Württemberg *(siehe www.rib-ev.de)*.

Neben den verantwortlichen Politikern und Rüstungsmanagern sind auch die Geldgeber zu ächten: Maßgeblich mitverantwortlich ist die Deutsche Bank. Als Hausbank von H&K und langjähriger Anteilseigner der Daimler AG kontrolliert sie scharf – nicht die Menschenrechtslage der Waffenempfängerländer der von ihr finanzierten Unternehmen, sondern ihre eigenen kritischen Aktionäre. Auch oder gerade in der Krise gilt ein altbekannter Slogan mehr denn je: Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK.

Kriminalisierung von Nato-GegnerInnen in Meck-Pomm

Zum Nato-Gipfel im April fanden, wie auf den Seiten der **ZivilCourage** wiederholt thematisiert und diskutiert, im französischen Strasbourg Proteste der internationalen Friedensbewegung statt. In Mecklenburg-Vorpommern hat die Staatsanwaltschaft Rostock in diesem Zusammenhang ein eigenes Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es kam zu mehreren Vorladungen. Aussageverweigerungen nach § 55 Strafprozessordnung wurden nicht anerkannt. Ordnungsgelder und Kostentragungen wurden verhängt, eine Hausdurchsuchung durchgeführt, ein Computer beschlagnahmt sowie mit Beugehaft und einem Verfahren wegen Strafvereitelung gedroht. Alles wegen einer Busfahrt von FriedensaktivistInnen zur internationalen Großdemonstration am 4. April.

Das Rostocker Friedensbündnis und der mecklenburg-vorpommersche DFG-VK-Landesverband hatten mit Hilfe von vielen kleinen und größeren Spenden aus der Bevölkerung und von Mitgliedern des Land- und des Bundestages einen Bus der Friedensbewegung Mecklenburg-Vorpommern für die Fahrt aller Interessierten zu annehmbaren Preisen organisiert. Der Zweck und die Abfahrtszeiten der Busfahrt wurden öffentlich beworben und stießen erfreulicherweise auf großes Interesse. So konnte am 3. April ein voll besetzter Bus mit bunt gemischter Beteiligung Richtung Strasbourg aufbrechen.

Allerdings kam der Bus nach Umleitung und Polizeikontrollen nur bis Kehl. Einige Demonstranten konnten noch nach Strasbourg gelangen, der Rest blieb an den Polizeisperren vor der Europabrücke auf deutscher Seite zurück. Zwei der Teilnehmer der Busfahrt wurden in Strasbourg unter den Organisatoren der Busfahrt nicht bekannten Umständen festgenommen und sitzen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt in französischer Untersuchungshaft. Der Bus musste am Abend des 4. April ohne sie zurückfahren.

Im Juli kam es in diesem Zusammenhang zu staatlicher Repression gegen vier Teilnehmer der Busfahrt. Die Mieterin des Busses, Mitglied des Rostocker Friedensbündnisses und der DFG-VK-Regionalgruppe Mittleres Mecklenburg, nahm in Absprache mit und in Anwesenheit eines Rechtsbeistandes den Termin einer Zeugenvorladung beim Landeskriminalamt wahr. Als Grund wurde ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Rostock in einem „Besonders schweren Fall des Landfriedensbruchs i.V.m. Schwerer Brandstiftung (§§ 125a, 306a StGB) in Straßburg (Frankreich)“ – so die Vorladung – angegeben.

Als Zeugin der Ereignisse in Strasbourg war sie aber gar nicht gefragt. Sie hätte auch nichts sagen können, weil auch sie am 4. April in Kehl zurückgeblieben war. In Wirklichkeit ging es haarklein um den Verlauf der Busfahrt (Stationen, Polizeikontrollen, Gespräche, Stimmungen) und die Namen der Teilnehmer. Namen nannte die „Zeugin“ nicht. Die Vernehmenden drohten der Frau mit einer Vorladung durch die Staatsanwaltschaft und mit einem Verfahren wegen Strafvereitelung.

Eine Vernehmung beim Staatsanwalt erfolgte zwei Wochen später. Gegenstand dieses Termins war für die Mieterin des Busses nun ausschließlich die Aufforderung zur Herausgabe einer Liste sämtlicher Teilnehmer der Busfahrt. Auf die erneute Weigerung, eine solche Liste herauszugeben, wurde an Ort und Stelle ein Hausdurchsuchungsbefehl erwirkt, ein Ordnungsgeld von 500 Euro sowie die Übernahme der durch die Aussageverweigerung entstehenden Kosten verhängt, eine Durchsuchung der Person durchgeführt und ein Verfahren wegen Strafvereitelung angedroht. Die Vorgeladene wurde unmittelbar aus der Vernehmung heraus zu ihrer Wohnung gefahren. Dort wurden Fotos des Mietshauses und der Räume der Wohnung angefertigt sowie die Wohnung durchsucht.

Der Betroffenen und ihrem Rechtsbeistand wurde während der circa einstündigen Durchsuchung durch fünf Polizeibeamte jede Möglichkeit verweigert, ihre Wohnung zu betreten. Nachdem die Durchsuchung in Hinblick auf die Liste erfolglos blieb, wurde der Zeugin Beugehaft angedroht. Zudem wurde ihr Computer beschlagnahmt. Auch zwei andere Teilnehmer der Busfahrt waren zur Staatsanwaltschaft vorgeladen worden. Namen nannten aber auch diese nicht. Daraufhin wurde eine weitere Ordnungsgeldforderung erhoben. Eine Woche später wurde der PC zurückgegeben. Von den Rechtsbeiständen wurden gegen sämtliche ergriffenen Maßnahmen Rechtsmittel eingelegt. Die Mieterin des Busses hat bereits Informationen über die Abweisung ihrer Einsprüche.

Fazit: Zu einer legitimen Demonstration gegen die Nato zu fahren wird als kriminell hingestellt. Die Drohkulisse ist aufgebaut, die Vorteile des Zeugenstatus für die staatlichen Stellen (u.a. minimales Zeugnisverweigerungsrecht) sind genutzt, die weitere Entwicklung ist offen. Aber auch: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Hier soll ein Schlag gegen Nato-Kritik und friedenspolitisches Engagement in der Region geführt werden. Das haben viele verstanden. Wir merken es an der Solidarität, die von überall im Land kommt. Anrufe und eMails bestärken die Betroffenen in ihrer Haltung. Sammlungen für die Anwaltskosten finden statt, bedeutende Beträge werden der Mieterin des Busses stillschweigend in die Hand gedrückt. Die Erklärung des Rostocker Friedensbündnisses findet sich auf Webseiten und Mailinglisten wieder. „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ haben überregional berichtet. Aktuelle Informationen finden sich im Internet unter *www.rostocker-friedensbuendnis.de*

Spendenaufruf: Rostocker Friedensbündnis, Konto 1220133147, BLZ 130 50000 (Ostsee-Sparkasse Rostock), Verwendungszweck: Anwalt

ZC

17. Bundeskongress der DFG-VK

Wie weiter in und mit der DFG-VK in und mit der Friedensbewegung?/Von Monty Schädel

Mit dem Vorschlag zur Tagesordnung des 17. DFG-VK-Bundeskongresses hat der Bundesausschuss viel Zeit für Diskussionen der Delegierten über die weitere Strategie unseres Verbandes vorgesehen. Dass dabei die von allen Mitglieder unterzeichnete Grundsatzerklärung „Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken." nicht in Frage gestellt wird, ist selbstverständlich. Doch welcher Weg und welche Strategie ist der/die richtige?

Welche Waffen sind diejenigen, die jetzt zuerst unsere Aufmerksamkeit brauchen, um unser Ziel möglichst schnell zu erreichen und damit dem Morden auf der Welt ein Ende zu bereiten? Kleinwaffen? Weltraumwaffen? Atomwaffen? Kampfpanzer? Korvetten? Transportflugzeuge? Streumunition? Landminen? ...

Welches Thema ist dasjenige, um sowohl in der Öffentlichkeit möglichst schnell Aufmerksamkeit zu erreichen, um damit, im Interesse unseres Zieles der allgemeinen Entwicklung Bevölkerungsmasse entgegen setzen zu können, als auch als **ein** Verband zu wirken? – Die Umgestaltung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee? Die Abschaffung der Bundeswehr? Die Kriege der Nato und der Bundeswehr? Die Militarisierung des zivilen Lebens in der Bundesrepublik? Die Kriegsdienstverweigerung hier? Die Kriegsdienstverweigerung weltweit? Die Rüstungsproduktion und der Rüstungsexport? Die Militarisierung der EU? ...

Darüber hinaus sind dann noch die Fragen zu klären, mit wem und mit wem nicht wir diesen Weg gehen wollen, und mit welchen Mitteln und Methoden wir unsere Ziele erreichen wollen und mit welchen nicht.

Als Ergebnis aus den Diskussionen der vergangenen Monaten hat sich der Bundesausschuss ausdrücklich dazu entschieden, diese Fragen in der Eröffnungsdiskussion nicht mit ParteipolitikerInnen zu diskutieren, sondern mit VertreterInnen aus Gruppierungen, die auch nicht aus dem pazifistischen Bereich der Friedens- und Antikriegsbewegung kommen. So wurden VertreterInnen des linksradikalen Spektrums aus der Interventionistischen Linken ebenso eingeladen wie von Bundeswehr wegtreten! und dem Münchner Bündnis gegen die so genannte Sicherheitskonferenz. Hinzu kommen VertreterInnen des Darmstädter Signal, von attac und der Friedensinitiative Rosa Heide. Komplettiert wird die Runde mit dem Geschäftsführer der WRI, Andreas Speck.

Dass diese Diskussionen notwendig sind, ist auch meine Ansicht. Denn obwohl wir alle dieselbe Grundsatzerklärung unterzeichnet haben und Mitglied eines Verbandes sind, so sind die Unterschiede in den Ansätzen der Friedensarbeit doch überall zu spüren. Aus der unterschiedlichen Situation (z.B. regional, sozial, konfessionell, politisch) heraus sehen nicht alle Mitglieder und Gliede-

Bundesministerium der Verteidigung

Bekanntmachung für den Kreis Kleve

Nach zuverlässigen Informationen des militärischen Abschirmdienstes wurden im Kreisgebiet vollbärtige Männer gesichtet, die zivile PKWs mit hochexplosivem und anschlagstauglichem Superbenzin betankten. In der augenblicklich angespannten Sicherheitslage muß ich davon ausgehen, dass es sich bei den verdächtigen Personen um Kämpfer der Taliban handelt, die einen hinterhältigen Selbstmordanschlag vorbereiten. Da der Kreis Kleve damit zu einem Operationsgebiet der Taliban wurde, hat die Bundesregierung in Absprache mit unseren NATO-Partnern das Kreisgebiet zur ISAF Schutzzone erklärt, in der die Bundeswehr entsprechend den militärischen Erfordernissen agiert.
Luftschläge werden dabei zur Bekämpfung der Aufständischen und zur Absicherung der Bundestagswahlen auch auf dem Gebiet des Kreises Kleve unumgänglich sein.

Alle Personen, die sich im Umkreis von 200 Metern um einen der verdächtigen vollbärtigen Männer aufhalten, werden dabei völlig zu Recht als Sympathisanten der Taliban unter Feuer genommen. Den übrigen Zivilisten, deren Tod wir als Kollateralschäden großzügig in Kauf nehmen werden, spreche ich hiermit schon vorab mein Mitgefühl aus. Ich erwarte Ihr Verständnis für dieses verantwortungsvolle Engagement unserer Bundeswehr.

Dr. Franz Josef Jung
Bundesminister der Verteidigung

v.i.S.d.P.: blutjung design satirekommando
Lassen Sie sich von den Politikern nicht verarschen

LeserInnenbriefe sind immer willkommen. Die Redaktion behält sich aber den Abdruck sowie das Kürzen von Briefen vor. Die erscheinenden LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der **ZivilCourage** wieder.

An die
ZivilCourage-Redaktion
- Leserbriefe -
Postfach 900843
21048 Hamburg

Als DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg möchten hiermit auf den Artikel „Killerspiele verbieten?“ in der **ZivilCourage** 2/2009 von Tina Kemler und Harald Gewehr reagieren. Unsere Auffassung zu Killerspielen und dem genannten Artikel deckt sich mit den beiden Leserbriefen von Dr. Cüppers und Prof. Müller, die in der folgenden **ZivilCourage** veröffentlicht wurden. Die dort genannten Argumente belegen, dass der Artikel keineswegs in eine Zeitschrift für Pazifismus und Antimilitarismus gehört. Wir gehen davon aus, dass die meisten DFG-VK-Mitglieder diese Einschätzung teilen. Die DFG-VK sollte sich unserer Ansicht nach von gewaltverherrlichenden Computerspielen eindeutig distanzieren und den „Kölner Aufruf gegen Computergewalt“ als Verein offiziell unterstützen. Letzteres wollen wir auch als Tagungsordnungspunkt für den Bundeskongress vorschlagen.

DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg

rungen die Notwendigkeit für die Bearbeitung der gleichen Themen. Das kann – und als politischer Geschäftsführer unserer Verbandes propagiere ich das auch überall – eine Stärke der DFG-VK sein, denn so haben wir für alle Bereiche der Friedenspolitik Experten in unserem Verband. Menschen, die sich in der heutigen Zeit friedenspolitisch engagieren wollen, finden bei uns Aktive, die sich genauso, wie er/sie es sucht, engagieren. Von Bedeutung ist doch diese Frage: Wie können wir all diese Experten und all die anderen sich engagierenden Menschen immer wieder zusammen bringen, damit wir gemeinsam das Ziel, die Geißel des Kriegs abzuschaffen, möglichst bald erreichen?

Halten wir diese Unterschiede zwischen und unter aus und können wir sie so zusammenführen, dass wir gemeinsam als DFG-VK und in der Friedensbewegung agieren? Wie gehen wir mit den unterschiedlichen Biografien der Einzelnen und den unterschiedlichen sozialen Gefügen der Gliederungen des Verbandes um? Hat irgendjemand in der DFG-VK den einzigen Richtigen Weg zur Umsetzung unseres Verbandszieles? Wie verhindern wir Beliebigkeit und wie stellen wir eine Einheitlichkeit her? Diese und andere Fragen werden in der Strategiediskussion eine Rolle spielen müssen. Dabei wird sich zeigen, wo für Einzelne unüberschreitbare Linien sind. Als Verband werden wir dann beweisen müssen, ob und wie wir mit unterschiedliche Positionen zum Kampf gegen Krieg und Militarismus und für friedliche Alternativen unmgehen (können). Dieses wird keine einfache Aufgabe, denn mit der permanenten Ausweitung des Militärischen in der Gesellschaft und des Krieges weltweit haben sich auch in der antimilitaristischen und Friedensbewegung Entwicklungen vollzogen, die die Überprüfung eigener Ansichten in unterschiedlichen Richtungen zur Folge hatte. Doch die Friedensbewegung, aber auch die Gesellschaft brauchen eine starke DFG-VK!

Da unser Bundeskongress verbandsöffentlich ist, seien hiermit alle DFG-VK Mitglieder (und nicht nur die Delegierten) herzlich eingeladen. Kommt nach Hannover und beteiligt Euch aktiv an den Diskussionen, damit wir gemeinsam unseren Weg für eine Welt ohne Krieg und Militarismus, ohne Ausbeutung und Armut vereinbaren.

Es gibt viel zu diskutieren und wegen der Situation in der Bundesrepublik und auf der Welt leider auch viel zu viel zu erledigen. Lasst uns auf dem Bundeskongress die Zeit zum Diskutieren nehmen, damit wir im Anschluss daran gemeinsam dem zunehmend erstarkenden Militarismus wirklich etwas entgegensetzen können. Die DFG-VK ist **der** Verband in der Friedensbewegung, denn bei uns finden alle ein Dach, um sich gegen den Krieg zu engagieren – egal zu welchem Thema, in welcher Region der Welt, mit welchem Glauben oder Wissen von der Welt! Lasst uns gemeinsam eine Strategie für die Zukunft festlegen. Seid herzlich willkommen in Hannover zum 17. Bundeskongress der DFG-VK.

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK.

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 8304600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ

Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘

Datum Unterschrift

ZivilCourage-Abo

POSTKARTE

An die
ZivilCourage-Redaktion
Postfach 900843
21048 Hamburg

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

SPIEGEL hat Unrecht: Jung beweist Mut zur Wahrheit.

Tiefensee war in den neunziger Jahren die Hoffnung der Ost-SPD, jetzt schauen seine Parteifreunde peinlich berührt, wenn „Pfütze", wie sie ihn nennen, durch den Bundestag stakst. Franz Josef Jung organisierte zu seiner besten Zeit so erfolgreich wie skrupellos die Wahlkämpfe seines Freundes Roland Koch. Heute ist die Kanzlerin froh, wenn der Verteidigungsminister einen Truppenbesuch ohne größere Peinlichkeiten absolviert.

Dabei hätte Jung eine wichtige Aufgabe gehabt. Über sieben Jahre wacht die Bundeswehr schon in Afghanistan, rund 4200 Soldaten sind es inzwischen. Sie bestreiten den gefährlichsten Kampfeinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik, über 30 Männer sind dabei schon gefallen. Leider fehlt ein Verteidigungsminister, der den Bürgern erklärt, wofür sie gestorben sind.

Wenn Jung redet, dann hat man den Eindruck, als sei gerade eine Nebelgranate explodiert: Alles wird wolkig und verschwommen. Er schwurbelt von einer „asymmetrischen Bedrohungslage", der die Bundeswehr mit einem „Stabilisierungseinsatz" begegne. Dabei könnte Jung einfach sagen, dass die Deutschen in Afghanistan einen Krieg führen. Es wäre die Wahrheit. Doch dafür fehlt ihm der Mut.

Natürlich finden sich gute Besetzungen in Merkels Kabinett: Peer Steinbrück als Finanzminister, Frank-Walter Steinmeier als Außenminister, Wolfgang Schäuble als Innenminister, Ursula von der Leyen als Ursula von der Leyen. Aber die Große Koalition verzeiht auch viel. Weil eine schlagkräftige Opposition fehlt, fallen die Nieten nicht weiter auf.

Ginge es nach Merkel, wäre Glos noch heute Wirtschaftsminister und nicht Karl-Theodor zu Guttenberg. Die Kanzlerin hätte nie den Ärger auf sich genommen, einen Minister zu feuern, der das Parteibuch der CSU besitzt. Am Ende hat Glos sich selbst gekündigt. Man hat ihn als „Schlaftablette auf zwei Beinen" verspottet oder als „Trauerglos". Irgendwann hielt er die Demütigungen nicht mehr aus.

DER SPIEGEL 36/2009

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt